

**Skandal-
experten,
Experten-
skandale**

C A S P A R H I R S C H I

Skandal- experten,

*Zur Geschichte
eines Gegenwartsproblems*

Experten- skandale



Matthes & Seitz Berlin

Inhalt

Einleitung: Der Traum der Wissensgesellschaft	9
I Aufstieg und Fall eines drogenpolitischen Technokraten	29
II Die Geburt des Experten im Gericht	59
III Der animalische Magnetismus vor dem Expertentribunal	87
IV Mord oder Selbstmord? Experten in der Affaire Calas	113
v Die Affaire Dreyfus als Expertenskandal	197
VI Das Expertenbeben von L'Aquila	253
Schluss: Die Disziplinierung der Wissenschaft	295
Anmerkungen	331
Abbildungsnachweise	395
Dank	398

*für Göttingen,
le critique supérieur*

Einleitung

Der Traum der Wissensgesellschaft

Ein guter Historiker wird man nicht, indem man die Gegenwart aus seinem Geist tilgt, ganz im Gegenteil.

PIERRE BOURDIEU, *Manet. Eine symbolische Revolution* (2015)

Als der Kalte Krieg ein Ende fand und das World Wide Web am Anfang stand, brach eine kurze Zeit zum Träumen an. Es waren nur ein paar Jahre, aber das reichte für agile Denker, um prächtige Luftschlösser einer neuen Welt- und Wissensordnung zu entwerfen. Spätestens 2001 wurden die Traumgebäude weggefegt. Sie hielten den symbolischen Druckwellen, die der Einsturz des World Trade Centers ausgelöst hatte, nicht stand. Das Erwachen aber war hart, und es dauerte lange. Bis heute klammern wir uns an einzelnen Traumfetzen fest, nur um der grauen Wirklichkeit nicht ins Gesicht schauen zu müssen.

Zu den Träumen aus den 1990er-Jahren gehört die Vorstellung, wir lebten in einer Wissensgesellschaft. Sie steht für das Versprechen einer Welt, in der Information über Ideologie und Ignoranz triumphiert, vermittelt durch Experten, die sie in immer höherer Quantität und Qualität zur Verfügung stellen. Was der Ritter für die Feudalgesellschaft, der Entdecker für die Kolonialgesellschaft und der Fabrikant für die Industriegesellschaft war, sollte der Experte für die Wissensgesellschaft sein: Vorreiter eines neuen, hochgebildeten Menschenschlags, der dank seiner Kompetenz in der Politik den Konsens herbeiführt und in der Wirtschaft die Effizienz erhöht. Wenn

Wissen der wichtigste Rohstoff der Zukunft sein sollte, wie es eine ebenso einprägsame wie schiefe Analogie wollte, so würden Experten die erfolgreichsten Rohstoffhändler der Welt werden.

Hätte es eines letzten Beweises bedurft, dass der Traum der Wissensgesellschaft geplatzt ist, so haben ihn der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union und der Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus erbracht. Nicht weil in beiden Ereignissen die Ignoranz über das Wissen triumphiert hätte, wie es aus manchen Kommentaren der ersten Stunde herausklang. Was den Brexit-Entscheid und die Trump-Wahl zu Akten der Illusionszerstörung machte, war die Art und Weise, wie sie im Vorfeld eingeordnet worden waren. Die Bürgerinnen und Bürger wussten um die kapitale Bedeutung der anstehenden Entscheidung, die Massenmedien berichteten rund um die Uhr über den Stand des Rennens, und viele Experten von Rang und Namen bezogen in seltener Geschlossenheit und Entschiedenheit Stellung: Sie sprachen sich für den Verbleib Großbritanniens in der EU und für die Wahl Hillary Clintons zur amerikanischen Präsidentin aus. Das Brexit- und Trump-Lager versuchte, aus der Not eine Tugend zu machen, spielte die Experten gegen das Volk aus und erntete empörte Reaktionen. In den Medien dominierte die Erwartung, die Bürger würden der Stimme der Wissenschaft, wenn sie so laut und eindeutig erklang, am Ende schon folgen. Und beide Male verkündeten die letzten Prognosen demoskopischer Experten, dass alles den erwarteten Lauf nehmen würde. Als es dann anders kam, war die politische Erschütterung umso größer. Die beiden ältesten Demokratien der Welt haben nicht nur schwerwiegende Entscheidungen mit ungewissem Ausgang für die ganze Welt getroffen, sie haben den Glauben an eine von Expertenwissen angeleitete Politik aufgekündigt.

Seither zeigt sich weit über Großbritannien und die Vereinigten Staaten hinaus in aller Deutlichkeit, was sich schon lange abgezeichnet hat: Mit dem Internetzeitalter ist keine expertenbasierte Konsensdemokratie entstanden, in der ein informierter Pragmatismus

den Platz der ideologischen Konfrontation einnimmt. Eher ist das Gegenteil eingetreten. Die Polarisierung hat zugenommen, politische Extremisten und religiöse Fundamentalisten treiben die etablierten Parteien vor sich her, das Internet erleichtert die Verbreitung von Propagandalügen und Fehlinformationen, und wissenschaftliche Experten sehen sich als Komplizen einer »korrupten« Elite im Kreuzfeuer.

Wie schnell sich das Blatt gewendet hat, zeigen Bemühungen von staatlichen Behörden, den wissenschaftlichen Anteil an der eigenen Arbeit sprachlich zum Verschwinden zu bringen. 2017 erwog das Gesundheitsministerium der Vereinigten Staaten, in Budgetdiskussionen mit dem Kongress auf Begriffe wie »evidence-based« oder »science-based« zu verzichten, in der Annahme, dadurch eher Unterstützung von den republikanischen Mehrheiten in beiden Parlamentskammern zu erhalten.¹

Was ist das für eine Welt, in der die Wissenschaft zur politischen Hypothek und der Experte zum populären Hassobjekt wird, und wie ist sie entstanden? Zeitdiagnostiker haben rasch eine Antwort gefunden, in der sich der Traum der Wissensgesellschaft ins Gegenteil verkehrt, den Albtraum einer demokratisch verbrämten Herrschaft der Dummen. Das meistbeachtete Buch zum Thema ist *The Death of Expertise* des amerikanischen Politikwissenschaftlers Tom Nichols.² Es wurde begeistert aufgenommen und schon kurz nach dem Erscheinen in elf Sprachen übersetzt. Nichols diagnostiziert eine »umgekehrte Evolution«, weg von »geprüftem Wissen« hin zu »Volkswisheiten und Mythen«, wobei diese nicht mehr von Mund zu Mund, sondern über elektronische Medien verbreitet würden. Der Tod der Expertise komme in Gestalt eines »von Google angetriebenen, auf Wikipedia beruhenden und von Blogs durchtränkten Kollapses jeder Trennung zwischen Profis und Laien, Studenten und Lehrern, Wissenden und Staunenden – mit anderen Worten, jenen mit einem klaren Leistungsausweis auf einem Gebiet und jenen mit gar keinem«. Wer zu letzteren gehöre, könne umso ungehemmter die eigene Ignoranz zum Ausdruck der individuellen Selbstbestimmung verklären,

Gefühlen den Vorzug vor Tatsachen geben und sich in »fast kindlicher« Weise auch nur dem Einmaleins politischer Prozesse verweigern. Die amerikanische Öffentlichkeit, konstatiert Nichols, sei nicht mehr imstande, wissenschaftliche Experten von politischen Entscheidungsträgern zu unterscheiden, und deshalb umso mehr geneigt, beiden alles Mögliche anzulasten. In Donald Trumps Wahl sieht Nichols eines der jüngsten und lautesten Signale, »die den bevorstehenden Tod der Expertise ankündigen« – und mit ihm das baldige Ende der Demokratie.³

Nichols' Zeitdiagnose ist deprimierend für die Menschheit, aber tröstlich für die Wissenschaft. Wenn wir es mit einer Evolution rückwärts zu tun haben, die vom Internet befeuert wird und wegen der »Faulheit der Öffentlichkeit« kaum aufzuhalten ist, dann fallen Experten einer Entwicklung zum Opfer, für die sie keine Verantwortung tragen und an der sie nichts Wesentliches ändern können. Was ihnen bleibt, ist das einsame Rufen in der Wüste oder, wozu der von Nichols zitierte Publizist James Traub nach dem Brexit appelliert hat, der heroische »Aufstand gegen die ignoranten Massen«. ⁴ Zwar widmet Nichols den Fehlern von Experten ein ganzes Kapitel, aber was er darin an Versäumnissen, Fehleinschätzungen und Selbstüberschätzungen von Kollegen anführt, erscheint als nachgeordneter Problemzusammenhang, dessen Ursachen wissenschaftsintern gelöst werden könnten. Der Wissenschaftsjournalist Mathias Plüss, der Nichols' Buch im Magazin des Schweizerischen Nationalfonds vorgestellt hat, gibt dessen Tenor treffend wieder, wenn er seine Leserinnen und Leser beschwichtigt, die »gegenwärtige Expertenkrise« sei »keine eigentliche Wissenschaftskrise«. ⁵ Wenn dem so ist, kann man getrost zur eigenen Forschung und zur Tagesordnung zurückkehren.

Wer heute die Apokalypse der Expertise ausruft, ist genauso wirklichkeitsfremd wie die Propheten, die vor dreißig Jahren die Ankunft der Wissensgesellschaft verkündet haben. Was Experten derzeit widerfährt, ist kein Tod auf Raten, verschuldet durch die

digital verdorbenen Massen der Dummen und Faulen, sondern ein medial inszeniertes Degradierungsritual. Degradiert werden kann aber nur, wer zuvor privilegiert worden ist. Genau deswegen gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Experten kult der jüngeren Vergangenheit und der Expertenschelte der Gegenwart. Die Geschichte ist reich an Überhöhungen und Erniedrigungen von Experten, und oft lagen beide nahe beieinander. Während aber das Drama früher auf konkrete Auseinandersetzungen mit spezifischen Spezialisten bezogen war, hat es heute eine generalisierende Dynamik angenommen, die grundsätzlich neu ist. Brexiteers und Trumpisten haben diese Dynamik nicht entfacht, sondern aufgenommen und in die ihnen nützliche Richtung gelenkt. Entstanden ist sie schon früher, spätestens mit der pauschalen Überhöhung von Experten zu privilegierten Bewohnern der Wissensgesellschaft. Da die Wissenschaftler an dieser Überhöhung mitgewirkt haben, tragen sie nun auch einen Teil der Verantwortung am Gegenwind, der ihnen ins Gesicht bläst. Wollen wir aber verstehen, wie sie in die jetzige Situation geraten sind, müssen wir zuerst den Spuren nachgehen, die der Traum der Wissensgesellschaft in der politischen Realität hinterlassen hat, bevor wir die Geschichte des Experten weiter zurückverfolgen. Das soll in diesem Buch geschehen.

Experten als Wissensparlamentarier

Der Politologe Robert E. Lane, der als Begriffsschöpfer der Wissensgesellschaft gilt, hegte schon 1966 die Erwartung, die Mitglieder der »knowledgeable society« würden sich »von objektiven Standards einer verifizierbaren Wahrheit« leiten lassen und im Fall eines höheren Bildungsabschlusses sogar nach »wissenschaftlichen Regeln des Beweisens und Schlussfolgerns« handeln. In erster Linie aber versprach sich Lane von der neuen Ordnung eine Entpolitisierung der Politik: An die Stelle der »üblichen kurzfristigen politischen Kriterien« und des »ideologischen Denkens« würde die »Anwendung

wissenschaftlicher Kriterien für politische Beschlüsse« treten. Im Konzept der Wissensgesellschaft lebte die Hoffnung, der Politik könne der polarisierende Parteiengeist ausgetrieben werden.⁶

Als die Prognose der Wissensgesellschaft in die Welt gesetzt wurde, war sie das optimistische Gegenstück zum Gespenst der Technokratie, das in den 1960er- und 70er-Jahren, bedingt durch die wissenschaftliche Aufrüstung und den technischen Planungsoptimismus beidseits des Eisernen Vorhangs, weit prominentere Autoren umtrieb.⁷ Technokratiekritiker wie Herbert Marcuse und Jürgen Habermas unterschieden sich von Lane nicht so sehr in der Beschreibung, umso mehr aber in der Bewertung ihrer Zukunftsvisionen. Auch sie hielten Experten für Pioniere und Profiteure einer technischen Planbarkeit von Politik, nur sahen sie in ihnen eine Gefahr für die demokratische Meinungsbildung und Mitbestimmung.⁸ Was den einen ein Gewinn an Rationalität, war den anderen ein Verlust an Egalität, und lange sah es aus, als hätten Letztere die Debatte gewonnen.

Während die Technokratiekritiker vor und nach 1968 den antielitären und theorieaffinen Grundton der Zeit trafen, verfehlten ihn die Anhänger der Wissensgesellschaft gleich doppelt. Sie redeten einer neuen Bildungsaristokratie das Wort und setzten mehr auf rhetorischen Effekt als auf theoretische Substanz. Tatsächlich besitzt der Begriff der Wissensgesellschaft, anders etwa als jene der Agrar-, Industrie- oder Dienstleistungsgesellschaft, die auf der gleichen kategorialen Ebene angesiedelt sind, keine Trennschärfe. Sobald man unter »Wissen« mehr versteht als reine wissenschaftliche Erkenntnis, sobald man Kategorien wie »Alltagswissen« oder »kulturelles Wissen« ins Spiel bringt, erscheint die Behauptung, eine Gesellschaft sei »wissensbasiert«, etwa so spezifisch wie die Feststellung, sie beruhe auf geschlechtlicher Fortpflanzung. Selbst Autoren, die den Begriff stark machen wollen, verstehen Wissen als »anthropologische Konstante«.⁹ Mit anderen Worten: Sie können sich ein Gegenstück zur Wissensgesellschaft, so etwas wie eine »Unwissens-« oder »Ignoranzgesellschaft«, gar nicht vorstellen. Damit aber beginnen

die Probleme bereits bei der Frage, welche Gesellschaften *nicht* als Wissensgesellschaft gelten dürfen.

Es brauchte andere Zeitumstände, damit der rhetorische Wohlklang die theoretische Dürftigkeit zuzudecken vermochte. In den 1980er-Jahren ging der Technokratiekritik mangels ideologischen Rückhalts an den Universitäten und empirischer Evidenz einer Expertenherrschaft die Luft aus. In den 1990er-Jahren setzte dann die Idee der Wissensgesellschaft zum verspäteten, aber umso steileren Höhenflug an. Der Fall des Eisernen Vorhangs weckte neue Hoffnungen auf eine ideologiefreie Politik wissenschaftlicher Problemlösung in globaler Perspektive, und die digitale Informationsexplosion beflügelte die Erwartung eines Wissenswettbewerbs unter Experten zum Besten der Menschheit. Sollte es in Zukunft noch gesellschaftliche Bruchlinien geben, würden diese zwischen Spezialisten und Laien, Gebildeten und Ungebildeten verlaufen.

Die Regierungen westlicher Demokratien machten sich die Rede von der Wissensgesellschaft rasch zu eigen, nicht zuletzt, weil sie sich damit das Prädikat einer wissenschaftlichen Politik ausstellen konnten. Die Berufung auf »unabhängige« Experten wurde zum festen Bestandteil der Choreografie, mit der Regierungen ihre Beschlüsse rechtfertigten, und so entstand zu nahezu jedem Thema, das sich in medienwirksamer Weise wissenschaftlich unterfüttern ließ, eine passende Expertenkommission. 2015 hat der Politikwissenschaftler Edward Page den Versuch unternommen, die Zahl der wissenschaftlichen Beratungsgremien in staatlichem Auftrag zu ermitteln. Er kam allein für Großbritannien auf über achtzig.¹⁰ Je umstrittener ein Sachverhalt wirkte, desto attraktiver erschien die präventive Herstellung und öffentliche Inszenierung eines Expertenkonsenses. Kontroversen sollten im Keim erstickt werden, indem man eine Situation des wissenschaftlich vorgegebenen Sachzwangs kreierte.

Eine Weile lang ging die Rechnung auf. Expertenkommissionen wurden so zusammengesetzt, dass sie nach außen wie kleine Wissensparlamente wirkten, in denen alle Spezialistenmeinungen zu

einem Thema vertreten waren. Ihre Beratungen waren in aller Regel vertraulich, ihre Berichte öffentlich, sodass Differenzen zwischen Experten und Politikern vor dem Erscheinen der Berichte bereinigt werden konnten und kaum Dissens an die Öffentlichkeit drang. Das Beratungsergebnis konnte anschließend als offizielle Position der Wissenschaft ausgegeben werden.

In dieses Vorgehen flossen verschiedene Vorstellungen von Wissenschaft ein, die konzeptionell unvereinbar, funktional aber stimmig sind. Während das Wissensparlament Ausdruck eines pluralistischen Wissenschaftsverständnisses ist, das sich vom Glauben an die reine Objektivität und politische Neutralität der Wissenschaft verabschiedet hat, beruht die Arbeit in diesem Parlament auf einer Parallelisierung der wissenschaftlichen mit der demokratischen Konsensfindung, als ließe sich wissenschaftlicher Dissens durch Kompromisseschmieden überwinden. Der Schlusskompromiss jedoch, der von möglichst allen »Parteien« mitzutragen ist, wird medial wieder so aufbereitet, dass der Eindruck entstehen soll, es gebe tatsächlich eine wissenschaftliche Wahrheit, die von einer neutralen Experteneleite garantiert und von den politischen Auftraggebern respektiert werde.

Diese zweckdienliche Inkonsequenz erlaubte es sogar, den »Expertenrat« erst nach dem Entscheid einzuholen, wenn dies aus Zeitdruck, Kontrollbedürfnis oder anderen Gründen opportun erschien. In offensichtlicher Weise geschah dies 2011 beim deutschen Atomausstieg, als sich die Bundesregierung nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima zu einer raschen Reaktion gezwungen sah, umso mehr, als sie vom Tsunami in Japan auf dem falschen Fuß erwischt worden war. Ein halbes Jahr zuvor hatte sie, gestützt auf drei Expertengutachten, den »Ausstieg vom Ausstieg« verkündet und die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke verlängert. Um nun den »Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg« zu begründen, brauchte es erneut die Unterstützung von Experten, diesmal mit konträrer Empfehlung, und dazu noch post festum. Die Regierung holte Gutachten von zwei

weiteren Gremien ein, darunter von einer eigens für diesen Zweck ins Leben gerufenen »Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung«, die den Tenor ihrer Stellungnahme bereits im Titel mitdikiert bekam. Die Übung ging angesichts der ungünstigen Umstände erstaunlich glatt über die Bühne, und genau das war der Zweck des geballten Expertenaufgebots.

»Technokratie« als List der Politik

Die Aufrüstung der Expertenberatung im Namen der Wissensgesellschaft führte nicht zu einer technokratischen Durchdringung der Politik, wie es der Begriff der Expertokratie oder die Rede von wissenschaftlichen Beratungsstäben als »fünfter Gewalt« im Staat (neben der Exekutive, Legislative, Judikative und der Presse) suggeriert.¹¹ Vielmehr verstärkte sie die politische Instrumentalisierung der Wissenschaft. Regierungen mit ungewählten Fachspezialisten an der Spitze waren in jüngerer Zeit seltene und eher kurzlebige Ausnahmen für akute Krisensituationen. Sie kamen zustande, wenn Parteipolitiker angesichts des Zwangs zu unpopulären Maßnahmen noch so gerne auf Regierungsverantwortung verzichteten, und sie hielten sich gerade so lange, bis die Krise überwunden schien und die Parteipolitiker wieder eine günstige Gelegenheit sahen, in Machtpositionen einzurücken. So erging es der italienischen Regierung unter dem Ökonomen Mario Monti und der griechischen Regierung unter seinem Fachkollegen Loukas Papademos. Beide wurden 2011 auf dem Höhepunkt der südeuropäischen Staatsschuldenkrise unter internationalem Druck eingesetzt, und beide mussten, als das Schlimmste überstanden war, wider Willen wieder abtreten. In Griechenland war es bereits nach einem halben Jahr, in Italien nach eineinhalb Jahren so weit.

Experten, die in wissenschaftlichen Beratungsorganen mitwirkten und an gewählte Regierungen mit technokratischen Erwartungen herantraten, machten ähnlich ernüchternde Erfahrungen. Fanden

sie mit ihren Forderungen keine politische Unterstützung, wurden sie im besten Fall ignoriert und im schlechtesten kaltgestellt. Ersteres widerfuhr nach 2008 mehreren Ökonomen in europäischen Expertengremien, als sie aus wissenschaftlichen Modellen zwingende Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone ableiteten, damit aber bei den auf Zeit spielenden Regierungen Nordeuropas auf taube Ohren stießen. Letzteres traf 2009 den englischen Psychopharmakologen David Nutt in seiner Funktion als Präsident der staatlichen Expertenkommission für Drogenkonsum, nachdem er die britische Regierung öffentlich zu einer wissenschaftlich abgestützten Drogenpolitik aufgefordert hatte: Er wurde zum Rücktritt gezwungen.

Experten erhalten durch ihre exponierte Tätigkeit in der Politik zwar mehr Verantwortung, aber es ist eine Verantwortung ohne Verfügungsgewalt, und dadurch bleiben die Profite, solange das System einigermaßen funktioniert, bei den politischen Eliten. Noch mehr als bei erfolgreichen Aktionen wie dem Atomausstieg zeigen sich die ungleichen Kräfteverhältnisse bei misslungenen Vorhaben. Sehen sich Politiker aufgrund »expertenbasierter« Entscheidungen medialer Empörung und öffentlichem Unmut ausgesetzt, geraten sie in Versuchung, die symbolische Verantwortung, die sie ihren Experten zuvor aus legitimationsförderlichen Gründen abgetreten hatten, in eine reale Schuld zu übertragen. In solchen Situationen bieten sich Experten als Blitzableiter an, und ein politischer Missstand lässt sich mit dem Argument wegerklären, die Regierung sei nicht wissenschaftsbasiert genug beraten worden. Wie schnell sich die politische Rechtfertigungslogik drehen kann, erlebten Erdbebenexperten in Italien nach der Zerstörung des Abruzzenstädtchens L'Aquila 2009, als sie für die mangelhaften Präventionsmaßnahmen der Regierung den Kopf hinhalten mussten, nachdem sie sich kurz zuvor von der gleichen Regierung als inoffizielle Pressesprecher hatten einspannen lassen.

Die Reaktionen der Scientific Community auf Skandale wie jenen um den englischen Drogenexperten und die italienischen Erdbebenexperten fielen heftig aus. Allerdings kamen sie dem Versuch

gleich, den Traum der Wissensgesellschaft vor der Realität in Schutz zu bringen. Dadurch blieb das strukturelle Risiko, das die hohe Exponiertheit von Experten im politischen Betrieb für Demokratie *und* Wissenschaft mit sich brachte, ausgeblendet. Man hat die Gefahr erst in dem Moment erkannt, als politische Hasardeure mit explizit gegen Experten gerichteten Kampagnen Erfolge feierten, die man kurz zuvor noch für unmöglich gehalten hätte. Mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten waren es nicht nur die zwei ältesten Demokratien, sondern auch die zwei weltweit führenden Wissenschaftsnationen, in denen sich eine expertenkritische Politik zuerst auf breiter Basis durchsetzte. Vor allem in den Vereinigten Staaten wich die Empörung nun dem Entsetzen, aber dadurch wurde die Ratlosigkeit, wie der Gefahr zu begegnen sei, nur noch größer. Damit sind wir wieder beim Gegenwartsproblem angelangt, um dessen Geschichte es hier geht.

Zurück zu den Anfängen

Dieses Buch beginnt und endet in der Gegenwart. Der Hauptteil wird eingerahmt von den Fallstudien über den englischen Drogenexperten und die italienischen Erdbebenexperten, die 2009 fast zeitgleich, aber unabhängig voneinander öffentlich degradiert wurden. Die detaillierte Rekonstruktion der beiden Fälle zeigt, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Medien und die Wissenschaft zur Überhöhung des Experten beitragen, damit in der Öffentlichkeit unerfüllbare Erwartungen schüren und letztlich das Skandalisierungspotenzial der Rolle steigern. Die Absichten von Politikern, Journalisten und Forschern unterscheiden sich dabei so stark, wie sich die Auswirkungen auf ihren Berufsstand gleichen: Dem kurzfristigen Nutzen für einzelne Akteure steht der langfristige Schaden für die Metiers in Form eines öffentlichen Vertrauensverlusts gegenüber. Insofern stellen die Polemiken gegen »fake news«, »broken politics« und »partisan experts« unterschiedliche Symptome desselben Problemzusammenhangs dar.

Die Kapitel zwischen den Fallstudien zur Gegenwart gehen bis in die französische Monarchie des späten 17. Jahrhunderts zurück, wo die Figur des Experten erstmals eine erkennbare Gestalt angenommen hat. Es war die Zeit, als der junge Ludwig XIV. Versailles zum Zentrum einer prachtvollen Hofkultur aufbaute und sein Finanzminister Jean-Baptiste Colbert die königliche Verwaltung zum Vehikel einer raffinierten Innovationspolitik machte.¹² Beide Vorgänge folgten einem strukturanalogen Muster, das in der Formalisierung offizieller Abläufe bestand. Während davon am Hof die Rituale des königlichen Zeremoniells betroffen waren, ging es in der Verwaltung um die Verfahren der administrativen Arbeit. Das formelle Festschreiben der Prozeduren erbrachte da wie dort einen Kontrollgewinn, allerdings um den Preis einer Selbstunterwerfung unter das eigene Regelwerk. Ludwig XIV. wurde durch das höfische Zeremoniell ebenso diszipliniert wie seine Hofleute, Colbert durch die administrativen Abläufe ebenso auf Effizienz getrimmt wie seine Funktionsträger.

Im Zentrum der französischen Innovationspolitik, die Colbert in den zwei Jahrzehnten seines Wirkens zwischen 1661 und 1683 angestoßen, aber längst nicht abgeschlossen hat, standen Verfahren des Sammelns, Prüfens, Verbesserns, Verwaltens und Verteilens von politisch verwertbarem Wissen. Für den Historiker Jacob Soll war Colbert ein »Information Master«, der den Ausbau der staatlichen Macht in neuer Weise mit dem Aufbau eines Informationsmonopols verband.¹³ Letztlich ging es bei seinen Reformen aber um mehr, nämlich um das Filtern und Umwandeln von Information in Wissen – und um dessen Weitergabe an Akteure außerhalb der Verwaltung, damit es seine Erneuerungskraft in Industrie, Handwerk, Handel und Armee entfalten konnte.¹⁴ Zu diesem Zweck griff Colbert auf bestehende Funktionsträger wie die Intendanten zurück, denen er umfassende Aufgaben in der Informationsvermittlung von der Provinz nach Paris übertrug, und er setzte neues Fachpersonal wie die Inspektoren ein, denen er den Doppelauftrag erteilte, privates Wissen über die französischen Manufakturen zu erwerben und den Manufakturen

umgekehrt staatliches Wissen über neue Technologien oder Absatzmärkte zu vermitteln.¹⁵

Eine entscheidende Rolle bei der verfahrensgeleiteten Verwandlung von Information in Wissen kam Institutionen zu, in deren Betrieb Colbert nicht direkt eingreifen konnte, deren Rahmenbedingungen er aber umso stärker zu gestalten versuchte: die Gerichte und die Akademien. Hier nun trat die Figur des Experten in Erscheinung. Der Experte war, begriffs- wie rollengeschichtlich gesehen, ein Geschöpf des Gerichts. Der Befund kommt nur auf den ersten Blick überraschend: Das Gericht stand im 17. Jahrhundert wie keine andere Institution für eine verfahrensgeleitete Wahrheitsermittlung und Urteilsbegründung und stellte damit für Herrscher wie Forscher eine Orientierungsgröße ersten Ranges dar. Die Figur des Experten ist aus den von Colbert initiierten Reformen der gerichtlichen Gutachtertätigkeit hervorgegangen und avancierte in den königlichen Akademien über den Aufbau von Verfahrensabläufen nach gerichtlichem Vorbild zu einer Stütze seiner Innovationspolitik.

Experten empfahlen sich für ihre Schlüsselrolle bei der Verwandlung von Information in Wissen aufgrund von zwei Eigenschaften, die ihnen nach der Reform des französischen Zivilrechts durch den *Code Louis* 1667 zugeschrieben wurden: Sachkompetenz und Unabhängigkeit. Die beiden Eigenschaften standen von Beginn an in einem Spannungsverhältnis zueinander, denn in der Gerichtspraxis ging die Gewährleistung der einen oft auf Kosten der anderen. Hatte Colbert mit dem *Code Louis* die Unabhängigkeit der Experten gestärkt, indem er Vorschriften erließ, wer zum Experten qualifiziert und wie die Begutachtung durchzuführen sei, so wurde nach dessen Umsetzung bald moniert, die Gerichte hätten es mit inkompetenten Experten zu tun, weil viele Spezialisten, die mit den Angeklagten den gleichen Beruf und damit oft auch die gleiche Zunftzugehörigkeit teilten, wegen mangelnder Unabhängigkeit ausgeschlossen seien. Auf diese Weise kam ein Prozess des permanenten Reformierens und Justierens in Gang, der im Verlauf des 18. Jahrhunderts eine neue Expertenfigur

hervorbrachte, die Kompetenz und Unabhängigkeit endlich zu vereinigen schien: den staatlich akkreditierten und alimentierten Wissenschaftler mit Sitz in einer königlichen Akademie.

Auch diese Figur hatte ihr institutionelles Fundament in Colberts Innovationspolitik. Als er Finanzminister wurde, gab es zwei königliche Akademien in Frankreich, als er starb, sieben dieser Prestigeinstitutionen. Den fünf Akademien, an deren Gründung er beteiligt war, wurden spezielle Tätigkeitsgebiete zugewiesen, auf denen sie Informationen sammeln, prüfen und zu wertvollem Wissen verarbeiten sollten. Eine unter ihnen, die 1666 gegründete Académie royale des sciences, stieg im 18. Jahrhundert zur europaweit führenden Forschungsstätte im Bereich der mathematischen und experimentellen Wissenschaften auf. Neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit wirkte die Académie des sciences auch als Gutachterinstanz für technische Erfindungen, die, wenn sie als neu und nützlich taxiert wurden, mit einem königlichen Privileg versehen wurden, das ihren Urhebern zugleich als Qualitätszertifikat und Konkurrenzschutz diente. Mit der Zeit avancierte die Akademie zu einer Art fortschrittsverpflichteten Zensurbehörde auf industriellem, militärischem und logistischem Gebiet.¹⁶ Und mehr als ihre eigenen Forschungen war es diese Gutachtertätigkeit, die innerhalb der Akademie zum Aufbau von Verfahrensabläufen nach gerichtlichem Vorbild führte.

Dass die Entstehung der Expertenrolle in engem Zusammenhang mit der Entwicklung einer modernen Innovationspolitik steht, hat neben dem Zusammenwirken bestimmter Institutionen und Personen noch tieferliegende Ursachen. Beide Prozesse fallen in eine Zeit der herrschaftlichen und wissenschaftlichen Expansion, in der die Verarbeitung neuer Informationen zu einem vorrangigen Problem wird. Während die europäischen Staaten fremde Kontinente erobern und globale Handelsrouten etablieren, entdecken europäische Forscher unbekannte Welten von der größten bis zur kleinsten Dimension. Für das territoriale wie wissenschaftliche Ausgreifen sind technologische Innovationen zentral, und nicht selten kommen die

gleichen Instrumente zum Einsatz – so etwa das Fernrohr, das für die maritime Navigation wie für die astronomische Observation Anwendung findet. Entsprechend naheliegend ist es für die Beteiligten, die Ausdehnung der staatlichen Macht und des wissenschaftlichen Wissens als ineinander verschränkte Vorgänge zu verstehen. Zeitgenossen sprechen metaphorisch vom Erobern unbekannter Gestade, wenn sie das Erzielen neuer Erkenntnisse meinen, und erforschen konkret Steine, Pflanzen, Tiere und Menschen fremder Länder, während diese von ihren Regierungen unterworfen werden.¹⁷

Die präzedenzlose Geschwindigkeit, mit der neues Wissen erschaffen und neue Territorien erschlossen werden, erzeugt bei Herrschern wie Forschern den Eindruck unbegrenzter Möglichkeiten, aber auch einen Zustand der Unübersichtlichkeit und Überforderung. Um 1700 beginnen sich die Klagen von Gelehrten zu häufen, sie könnten das Wissen, das auf ihrem Gebiet publiziert würde, nicht mehr absorbieren.¹⁸ Je weiter sich das Reich des Wissens ausdehnt, desto kleiner wird die Parzelle, die ein einzelner Mensch gründlich bewirtschaften kann. Dadurch erhöht sich nicht nur der Druck zur Spezialisierung, sondern auch der Bedarf nach Wissensvermittlung zwischen den sich ausformenden Spezialgebieten. Die Herrschaftsapparate europäischer Staaten durchlaufen im selben Zeitraum einen vergleichbaren Prozess. Sie können die gesteigerten Anforderungen ihres territorialen und administrativen Ausgreifens nur bewältigen, indem sie die Arbeitsteilung erhöhen und die Kommunikation verdichten. Dabei wird auch das Verhältnis von Wissenschaft und Politik neu organisiert. Zu den klassischen Funktionselementen der Juristen gesellen sich wissenschaftliche Fachleute unterschiedlicher Ausrichtung, die jedoch, damit sie die Entscheidungsträger stets mit neuestem Wissen versorgen können, weniger dem Herrschaftsapparat einverleibt als in weitreichender Autonomie belassen und von außen als Berater beigezogen werden.

Im Zeichen der Spezialisierung, Autonomisierung und gleichzeitigen Instrumentalisierung der Wissenschaften setzt sich unter Herrschern und Forschern eine Einstellung durch, die in dieser

Entschiedenheit ebenfalls neu ist: Wissen ist Macht, aber die Wissenden sind nicht die Mächtigen. Experten entstehen in einer Welt, in der das alte Ideal einer personellen Einheit von Wissen und Macht, wie es noch die Renaissancekultur mit den Figuren des platonischen Philosophenkönigs und des ciceronianischen Senatsredners proklamierte, auseinanderbricht. Sie sind Kreaturen arbeitsteiliger Machtstrukturen, in denen Herrschende wie Wissende ihre Kompetenzen konzentrieren, um in komplementärer Kooperation auf neue Probleme reagieren und selber neue Lösungen produzieren zu können.

Damit sich solche Strukturen stabilisieren, bedarf es der Selbstbeschränkung aller Beteiligten. Idealtypisch heißt das: Experten können noch so viel von einer Sache verstehen, sie müssen die Ausführung anderen überlassen. Sie dürfen Einfluss auf Entscheidungsträger ausüben, aber keine Entscheidungsbefugnis beanspruchen. Die Macht von Politikern und Richtern bleibt unangetastet. Umgekehrt sind diese dazu verpflichtet, sich nicht in die Wissensarbeit der Experten einzumischen. Die Glaubwürdigkeit von Experten steht und fällt mit der ihnen zugestandenen Unabhängigkeit. Sie sind darauf angewiesen, dass sich ihrer Wissensarbeit Handlungsfelder eröffnen, die Entscheidungsträger als autonom respektieren und für nützlich halten. Damit sind Experten Günstlinge einer umfassenden Staatspatronage, durch die sie sogar einen gewissen Schutz vor dem Staat selbst genießen. Der Expertenrolle liegt sowohl ein Autonomieversprechen als auch ein Beratungsbedürfnis von Seiten der Entscheidungsträger zugrunde. Politikern und Richtern ist der Part von einsichtsfähigen Vernunftmenschen zugedacht, die genug wissen, um zu wissen, dass sie nicht genug wissen. Sie sollen sich aus eigenem Willen an einen Informationstropf hängen, der sie konstant mit neuem Wissen versorgt. Sind die Bedingungen, unter denen ein Expertendasein idealiter möglich ist, schon derart voraussetzungsreich, kann davon ausgegangen werden, dass sie realiter nur selten zur Gänze erfüllt sind. Und berücksichtigt man zudem, dass Experten auch unter idealen Bedingungen in einem Umfeld tätig sind, das neben ihrer formellen

Aufgabe eine Fülle informeller Funktionen zulässt, wird die strukturelle Brisanz ihres Tuns sichtbar. Darin liegt das Skandalpotenzial der Expertenfigur.

Skandalgeschichten

Während das erste historische Kapitel die Bedingungen untersucht, unter denen Experten im Ancien Régime vom Gericht in die Politik und zugleich vom Handwerk in die Wissenschaft aufstiegen, beschreiben die darauffolgenden Kapitel die systemischen Spannungen, denen sie ausgesetzt waren, anhand von großen Skandalen aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Experten waren jeweils an entscheidender Stelle in öffentliche Affären verwickelt, und manchmal wurden sie sogar selber zum Skandalon. Die Geschichte dieser Skandale ist schon oft erzählt worden und hat sich in der öffentlichen Erinnerung zu mythischen Lehrstücken verfestigt, aber gerade deshalb ist es reizvoll, sie von ungewohnter Warte aus zu betrachten. Mit dem Blick auf die involvierten Experten und mit der Analyse wenig beachteter Quellen entsteht jeweils ein neues, in mancher Hinsicht überraschendes Bild der Ereignisse, das mit dem Anspruch verknüpft ist, ihren historischen Ablauf und ihre heutige Relevanz besser zu erfassen.

Alle beleuchteten Skandale eint, dass sie stark von Wissenskonflikten geprägt sind. In ihnen prallen unvereinbare Wahrheitsansprüche zu bestimmten Ereignissen oder Sachverhalten aufeinander und werden mit wissenschaftlichen Mitteln ausgefochten. Was macht Skandale als Untersuchungsgegenstände so interessant, abgesehen von der hohen Dosis an Dramatik, die sie Betroffenen wie Beobachtern bescheren? Zu einem Skandal kommt es dann, wenn eine medial erhobene Anklage gegen bestimmte Personen wegen eines Normenverstößes eine ebenso medial orchestrierte Entrüstung von unbeteiligten Dritten auslöst. Die skandalisierten Personen werden einem öffentlichen Tribunal ausgesetzt, das weder eine Rollentrennung zwischen Anklägern und Richtern noch eine Verteidigung

vorsieht. Zudem können sich die Anklagepunkte im Verlaufe des Prozesses verschieben oder ganz verlagern, weshalb der Soziologe John B. Thompson von Verstößen »erster« und »zweiter Ordnung« spricht, an denen viele Skandale erst entzündet und anschließend am Lodern gehalten werden.¹⁹ Damit überlagern sich in Skandalen zwei Zeit- und Handlungsebenen, die in Gerichtsprozessen systematisch getrennt sind: jene des zu klärenden Tatbestandes und jene des aktuellen Prozessgeschehens. Skandale bestehen aus Ad-hoc-Deutungen von Vorgängen, die noch gar nicht abgeschlossen sind, sondern im Akt des »Enthüllens« weiter vorangetrieben werden, bis sie sich in einem reinigenden Gewitter oder in allgemeinem Überdruß erschöpfen. Man sollte Skandale daher als mediale Degradierungsrituale von Personen oder Institutionen und nicht als außergerichtliche Strafverfahren verstehen.²⁰

Ein Degradierungsritual bedarf, um Aufmerksamkeit zu erhalten und Wirkung zu erzeugen, einer beträchtlichen Fallhöhe der betroffenen Personen. Zielscheibe eines Skandals kann nur werden, wer einen guten Ruf zu verlieren und hohen Ansprüchen zu genügen hat. Experten haben beides, aber das ist noch nicht alles, was sie zu idealen Opfern der Skandalisierung macht. Das Degradierungsritual wird im Namen der öffentlichen Meinung vollzogen und folgt der Rechtfertigungslogik, dass soziale Normen und moralische Gebote höhere Geltung haben als der Rang und Namen der Degradierten. Skandalisierer setzen eine breit geteilte Überzeugung von Normalität voraus, an die sie appellieren und mit der sie dem skandalisierten Geschehen den Eindruck der Eindeutigkeit verleihen. Die erfolgreiche Suggestion von Eindeutigkeit ist Voraussetzung dafür, dass ein Skandal überhaupt in Gang kommen kann. Allerdings ist es mit der Eindeutigkeit vorbei, sobald im Zuge der medialen Bewirtschaftung des Skandals Gegenstimmen zu Wort kommen, welche die Anklage relativieren, kritisieren oder ihrerseits skandalisieren. Gerade jene Skandale, die sich zu großen Medienereignissen auswachsen, folgen kaum je dem Szenario, das ihnen die Skandalisierer der ersten

Stunde zudedacht haben. Anstatt einer »runden« und »sauberen« Geschichte, die von der Enthüllung des Skandalons über die öffentliche Degradierung der Skandalisierten zur kollektiven Bekräftigung von verletzten Normen führt, produzieren sie ein voyeuristisches Drama voller Ambivalenzen, Ungerechtigkeiten und Uneindeutigkeiten und lassen dabei eine latente Normenkonkurrenz zum offenen Konflikt ausarten. Bei Expertenskandalen ist es zum Beispiel die gleichzeitige Geltung einer an der öffentlichen Meinung und am wissenschaftlichen Forschungsstand orientierten Politik. Die Aufmerksamkeitslogik der Medien hat an der Eskalation meist einen bedeutenden Anteil, ist aber selten ein ursächlicher Faktor. Skandale sind Mechanismen zur Entladung von sozialer Aggression, und insofern gehört es zu ihrer »Natur«, dass sie mit dem Anspruch starten, eine verletzte Ordnung wiederherzustellen, und in einem Feld der Verwüstung enden können.

Genau das aber macht ihre Faszination für die historische und soziologische Forschung aus. Skandale spülen innere Spannungen im Normengefüge einer Gesellschaft an die Oberfläche, ohne dass diese von den Beteiligten selber thematisiert, geschweige denn gelöst werden könnten. Sie lassen zu hohe, zu enge oder zu widersprüchliche Erwartungen an bestimmte Personen, Institutionen oder Verfahren erkennen, indem sie diese wiederholt zur Zielscheibe von Entrüstungskampagnen machen. Für Experten gilt dies, wie die folgenden Kapitel zeigen werden, in besonderem Maße.

Um den tiefer liegenden Spannungen der hier behandelten Skandale auf die Spur zu kommen, werde ich den jeweiligen Handlungsablauf, der zu einem bestimmten Skandal geführt hat, detailliert darlegen. Das gibt mir die Möglichkeit, die Skandalisierungsnarrative gegen den Strich zu bürsten. Als Sofort-Deutungen mit Entrüstungsfunktion sind Skandalisierungsnarrative chronisch unzuverlässige Rekonstruktionen, und da sie auf die normative Dimension eines Geschehens fixiert sind, um Schuldige zu überführen und abzustrafen, können sie dessen kulturellen und strukturellen Unterbau kaum

Beachtung schenken. Gleichwohl bleiben viele Skandalisierungsnarrative auch in der Rückschau unhinterfragt stehen, sei es, weil sie für die Medien zu attraktiv sind, um kritisch überprüft zu werden, sei es, weil die Gesellschaft moralisch eindeutige Dramen als öffentliche Reinigungsrituale braucht. Häufig sind auch die historischen Nacherzählungen von Skandalen noch derart nahe an ursprünglichen Skandalisierungsnarrativen, dass ein Verständnis ihrer Entstehungszusammenhänge erschwert ist. Von den hier analysierten Fällen gilt das für den kürzlich erfolgten Expertenprozess von L'Aquila ebenso wie für die weit zurückliegenden Skandale um die Familie Calas und um Alfred Dreyfus.

Die Gegenwartigkeit der Geschichte

Indem dieses Buch Geschichte und Gegenwart eng aufeinander bezieht, um die historischen Voraussetzungen der heutigen »Wissenspolitik« freizulegen, erzählt es nicht etwa eine »lineare« Geschichte, die von einem Entwicklungsstadium zum nächsten schreitet, bis sie im Hier und Jetzt anlangt. Vielmehr beschreibt es eine ungerichtete Dynamik, die von einem steten Widerspruch zwischen innovativen Absichten und ihren unintendierten Folgen vorangetrieben wurde und noch immer wird. Gibt es ein Erzählmuster, das die Chronologie des Buches durchzieht, so ist es jenes einer Wiederkehr ähnlicher Konstellationen unter veränderten Bedingungen. Es dient dem doppelten Zweck, die Geschichtlichkeit der Gegenwart und die Gegenwartigkeit der Geschichte zu verdeutlichen.

I

Aufstieg und Fall eines drogenpolitischen Technokraten

Er wurde entlassen, weil er nicht zugleich ein Regierungsberater und ein Aktivist gegen die Regierungspolitik sein kann.

Dieses Prinzip ist wohlbekannt und seit Langem in Kraft.

ALAN JOHNSON, *Why Professor Nutt was Shown the Door* (2009)

Was ist unter einem Experten zu verstehen? Ich schlage vor, den Begriff mit drei Tätigkeiten zu verbinden: der Demonstration von Spezialwissen, der Vermittlung dieses Wissens an Laien und der Behauptung von Unabhängigkeit. Experten treten als Repräsentanten eines Wissensgebiets auf und weisen sich durch Fachtitel aus, die ihre Zugehörigkeit zu einer Spezialistengemeinschaft bezeugen. Ihre Rolle können sie nur ausüben, wenn Außenstehende mit Fragen an sie herantreten. Experten werden um Informationen und Einschätzungen, um Empfehlungen und Rat gebeten. Egal, ob sie auf der medialen Bühne oder hinter verschlossenen Türen agieren, ihre kommunikative Tätigkeit beschränkt sich auf das Antwortgeben. Die Antworten kommen dabei Übersetzungen gleich. Experten präsentieren, anders als Spezialisten im Gespräch unter sich, ihr Fachwissen in einer von Fachjargon so weit gereinigten Form, dass es für Laien verständlich wird.

Die Art der Fragen setzt den Rahmen, in dem sich Experten bewegen können. Vor Gericht beantworten sie Sachfragen und werden entsprechend als Sachverständige bezeichnet. Ähnlich limitiert ist ihr Spielraum in den Medien, wo die Choreografie von Experteninterviews, am auffälligsten in Nachrichtensendungen, der mündlichen

Befragung von Sachverständigen im (angloamerikanischen) Gericht nachempfunden ist. Ungleich mehr Möglichkeiten haben Experten in der Politik. Hier ist ihr potenzieller Einfluss am größten, denn sie sollen nicht nur Materien erklären, sondern auch Maßnahmen empfehlen. Sie treten, um die Analogie zum Gericht weiterzuführen, zugleich als Sachverständige und als Anwälte auf. Zu entscheiden aber haben sie nichts. Wo diese Grenze aufgeweicht oder aufgehoben ist, verwandeln sich Experten in Technokraten.

Gemeinsam dagegen ist Experten im Gericht, in den Medien und in der Politik die Erwartung, dass ihre Aussagen aus unabhängiger Position erfolgen. Unabhängigkeit bedeutet dabei zweierlei: am Beratungsgegenstand kein ökonomisches Interesse zu haben und in der Beratungstätigkeit keinen politischen Einflussversuchen ausgesetzt zu sein. Entstehen Zweifel an der Unabhängigkeit, erscheinen Experten je nach Situation als Lobbyisten oder Propagandisten, und ihre Glaubwürdigkeit ist ramponiert.

In den Mühlen der Politik

Die Definition des Experten bietet eine erste Klärung, worüber wir sprechen, aber sie lässt noch nicht erahnen, in welchem Spannungsfeld Experten stehen. Dazu braucht es die Analyse von Fallbeispielen. Die erste betrifft einen Fall im doppelten Sinne. Es geht um den Sturz eines Drogenspezialisten in England, der als Vorsitzender einer staatlichen Expertenkommission die unsichtbaren Grenzen seines Tätigkeitsbereichs austestete. Als er merkte, dass er sie überschritten hatte, war es schon zu spät. Die Folgen waren für ihn relativ dramatisch, für uns sind sie umso erhellender. Beginnen wir aber, als das Schielen nach der Macht für ihn noch allzu reizvoll wirkte.

Am 18. Juli 2006 legte die parlamentarische Kommission für Wissenschaft und Technologie des britischen Unterhauses einen Bericht zum Umgang der Regierung mit ihren Drogenexperten vor.¹ Es ging um die Mitglieder des Advisory Council on the Misuse of Drugs, dem

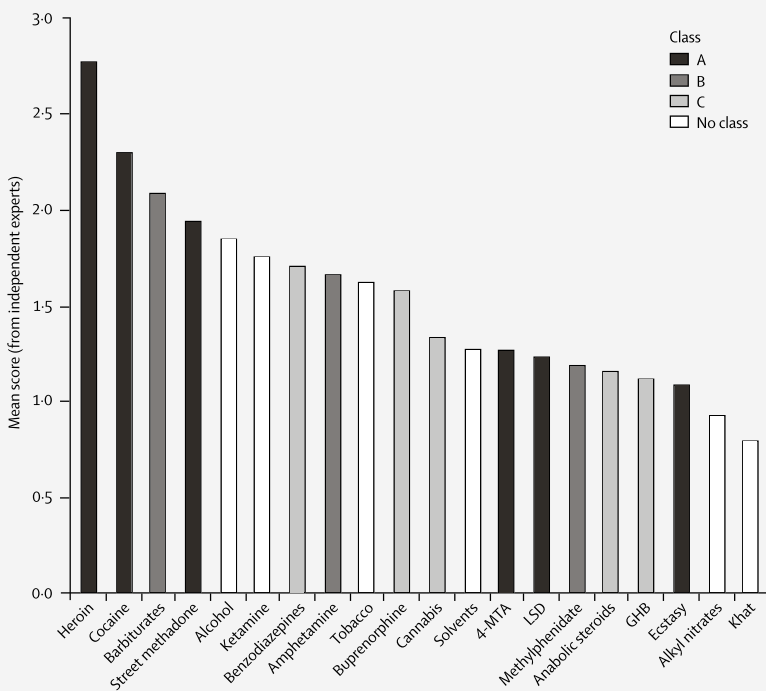
unabhängigen Beratungsorgan für die Drogenpolitik. Der Bericht präsentierte einen ernüchternden Befund. Die Zusammenarbeit zwischen dem Expertengremium und der Regierung funktionierte nicht zufriedenstellend. Die Parlamentarier machten für die Missstände beide Seiten verantwortlich. Auf der Regierungsseite bemängelten sie ein Desinteresse für empirische Evidenz und auf Expertenseite ein Versagen bei der Erarbeitung derselben. Zudem zeigten sie sich beunruhigt, dass sich der Innenminister, in dessen Verantwortung die Drogenpolitik fällt, und der Präsident des Advisory Council im Bezug auf die Kompetenzen des Gremiums öffentlich widersprachen.²

Besonders hart ins Gericht ging der Bericht mit den Experten. Die Parlamentarier zeigten sich »extrem enttäuscht« über die mangelnde Transparenz und Präsenz des Gremiums.³ Vor allem aber warfen sie dem Advisory Council vor, seiner Hauptaufgabe, der Klassifikation von Drogen nach ihrer Gefährlichkeit, ungenügend nachgekommen zu sein.⁴ Was hat es mit dieser Klassifikation auf sich? Die Gefährdungsklassen sind ein Pfeiler der britischen Drogenpolitik. Sie setzen den strafrechtlichen Sanktionsrahmen für den Besitz und Handel illegaler Rauschmittel. 2006 waren zum Beispiel für die »Class C«-Droge Anabolika für Besitz maximal zwei Jahre Gefängnis und für den Handel bis zu 14 Jahre Gefängnis vorgesehen, für die »Class A«-Droge Kokain für Besitz dagegen bis zu sieben Jahre Gefängnis und für Handel maximal lebenslänglich.⁵ Seit dem *Misuse of Drugs Act* von 1971 werden illegale Drogen in Großbritannien in drei Gefährdungsklassen eingeteilt, wobei das Gesetz nicht festlegt, nach welchen Kriterien die Klassifikation zu erfolgen hat, sondern den ebenfalls 1971 gegründeten Advisory Council beauftragt, die Klassifikation regelmäßig zu evaluieren und zu aktualisieren. 2006 nun bemerkte die parlamentarische Kommission, die offiziellen Experten könnten keine wissenschaftlich gestützte Begründung abgeben, wie die Drogen ihren jeweiligen Platz im ABC-System gefunden hätten.

Ausgenommen von der Kritik war ein einzelnes Gremium innerhalb des Advisory Council, das Technical Committee. Dessen

Mitglieder, betonten die Parlamentarier, arbeiteten seit 18 Monaten an einem alternativen Klassifikationssystem, ohne dass dieses im Council diskutiert worden sei.⁶ Den Vorsitz des Technical Committee hatte Professor David Nutt, ein Spezialist für die zerebrale Wirkung von Drogen, der damals die Abteilung für Psychopharmakologie an der Universität Bristol leitete. Nutt hatte den Parlamentariern einen unveröffentlichten Entwurf des neuen Klassifikationssystems zur Verfügung gestellt, den diese nun in ihrem Bericht ausführlich würdigten.

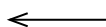
Schaut man sich die Passagen an, die der Bericht aus Nutts Entwurf zitiert, und ergänzt dazu noch Nutts mündliche Aussagen aus den Anhörungsprotokollen der Kommission, erhält man den Eindruck, die Parlamentarier hätten ihre Kritik an der Expertenbehörde aus



dem Technical Committee ebendieser Expertenbehörde bezogen. Sie beriefen sich auf Nutts Papier, um die fehlende Systematik im Klassifikationssystem, die willkürlichen Grenzen zwischen den Gefährdungsklassen und die problematische Verknüpfung zwischen Schädlichkeit und Strafmaß hervorzuheben.⁷ Weiter führten sie Nutts mündliche Aussage an, wonach »in der (Präventions-)Erziehung die Botschaft empirisch abgestützt« sein müsse, wenn man verhindern wolle, dass die Leute sagten, »sie ist Müll«,⁸ und schlossen mit der Empfehlung:

Die identifizierten Probleme verdeutlichen die Tatsache, dass die angekündigte Überarbeitung des Klassifikationssystems dringend geboten ist, und die Regierung wird aufgefordert, die Beratungen darüber unverzüglich aufzunehmen. Es ergeht der Vorschlag, dass die Regierung eine wissenschaftlich besser abgestützte Schädlichkeitsskala entwickeln und diese von den Strafen für Besitz und Handel abkoppeln soll. Des Weiteren wird ein dringender Bedarf an höheren Investitionen in die Forschung festgestellt, um die politische Entwicklung auf diesem Gebiet zu unterstützen.⁹

Nutts mit anderen Forschern geschriebener Entwurf für eine neue, wissenschaftlich solidere Schädlichkeitsskala erschien im März 2007 in der renommierten Fachzeitschrift *The Lancet*.¹⁰ Die



Mit dieser grafischen Darstellung der Gefährlichkeit von Drogen wollte David Nutt 2007 die fehlende wissenschaftliche Basis der britischen Drogenpolitik mit ihren drei Gefährdungsklassen A, B und C sichtbar machen. Illegale und legale Drogen sind nach einem Berechnungsschema von »unabhängigen Experten« angeordnet und zugleich nach ihrer gesetzlichen Klassifikation eingefärbt. Das Schema der Experten, das die körperliche Abhängigkeit, die gesundheitlichen Folgen und den gesellschaftlichen Schaden aufrechnet, weist Alkohol und Tabak als gefährlicher aus als Drogen der höchsten gesetzlichen Gefährdungsklasse A wie LSD und Ecstasy.

Dank

Die Arbeit an diesem Buch begann vor mehr als zehn Jahren in England, führte für mehrere Archivrecherchen nach Frankreich und fand ihren Abschluss in der Schweiz. Auf dem langen Weg erhielt ich Unterstützung von zahlreichen Personen und Institutionen, denen ich danken möchte.

An der Uni Cambridge schärfte Tim Blanning meinen Blick für die Unterschiede zwischen englischen und französischen Akademien, Simon Schaffer für die schwierige Vereinbarkeit von wissenschaftlichem Unabhängigkeitsideal und Nützlichkeitsgebot und Emma Spary für die konfliktreichen Kooperationen zwischen Pariser Zünften und Akademien. In Paris unterstützten mich Florence Greffe von den Archives de l'Académie des sciences und mehrere Mitarbeitende der Archives nationales nach Kräften bei der Quellensuche, während das Personal der Bibliothèque nationale an guten Tagen die Originaldokumente herausrückte und mir das Durchspulen von Mikrofilmen ersparte. Aus Toulouse schickte mir Geraud de Lavedan von den Archives municipales den Zugang zu den digitalisierten Reichtümern der Affaire Calas und nahm mir damit jedes Argument, mich für eine archivalische Abenteuerreise ins Languedoc von der Familie abzusetzen.

Als ich aus England in die Schweiz zurückkehrte, fand ich bei Michael Hagner an der ETH Zürich eine ideale Arbeitsstätte und lernte von ihm viel über das Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Demokratie. Nach dem Wechsel an die Universität St. Gallen konnte ich mehrere Fallstudien im historischen Kolloquium vorstellen, wo

mir Sebastian Beese, Jan Horstmann, Karen Lambrecht, Florian Schui und Simone Zweifel wertvolle Anregungen gaben.

Wichtige Impulse kamen auch von Personen, mit denen ich nicht institutionell verbunden war. Mein Interesse für die Geschichte des Experten wurde von Frank Rexroth mit der Einladung zu einer Tagung in Göttingen erst richtig geweckt. Christelle Rabier verhalf mir zu einem besseren Verständnis der Expertentätigkeit frühneuzeitlicher Chirurgen und Mediziner. Dank Remo Grolimunds kundiger Auskunft konnte ich Fragen zum Stand der Erdbebenforschung klären, während mich Petra Gehring auf Luhmanns Aufsatz über »Kausalität im Süden« aufmerksam machte. Martina Schlauri half mir in spätabendlichen Überstunden beim Übersetzen französischer Zitate. Immer wieder durfte ich die Kritik von Carlos Spoerhase und Andreas Hauser, meinem »Götti«, in Anspruch nehmen; sie gaben mir nicht nur Orientierung in der Arbeit, sondern auch Freude an der Wissenschaft.

Schließlich erhielt ich, als das Buch auf der Zielgeraden war, in Tilman Vogt einen ebenso gründlichen wie scharfsinnigen Lektor, und als die Druckfahnen vorlagen, haben sie Annemarie Hirschi und Karen Lambrecht trotz hohem Zeitdruck sorgfältig durchgearbeitet. Ihnen allen gilt mein großer Dank.

Erste Auflage Berlin 2018

Copyright © 2018

MSB Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH

Göhrener Str. 7, 10405 Berlin

info@matthes-seitz-berlin.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Dirk Lebahn, Berlin

Satz: Tom Mrazauskas, Berlin

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

ISBN 978-3-95757-525-8

www.matthes-seitz-berlin.de